

Strategie von Lissabon mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung verknüpfen

Stellungnahme des Mouvement Ecologique, basierend auf den Debatten um die Lissabonstrategie im Jahre 2006

Es wäre nicht vertretbar, die Verbesserung von Wettbewerbsbedingungen in einem Land ausschliesslich auf klassische Faktoren, wie die Höhe des Stundenlohnes oder klassische steuerliche Aspekte zu begrenzen. Es ist vielmehr im Interesse der wirtschaftlichen, aber vor allem auch der nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten, dass „Wettbewerb“ unter sozialen und ökologischen Voraussetzungen erfolgt.

Als Umweltbewegung ist der Mouvement Ecologique zudem der Überzeugung, dass der Faktor „Umwelt“ den Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten setzt - Umwelt stellt einen begrenzenden Faktor dar. Wenn z.B. bestimmte Ressourcen verbraucht oder die Regenerierung natürlicher Ressourcen in Frage gestellt würden, wäre auch die damit verbundene ökonomische Aktivität nicht mehr möglich. Entsprechend ist der Schutz unserer natürlichen und menschlichen Umwelt die Voraussetzung schlechthin für jedwede wirtschaftliche Aktivität.

Entsprechend plädiert der Mouvement Ecologique dafür, die Dimension der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen des Luxemburger nationalen Planes der Lissabon-Strategie zu berücksichtigen. Grundsätzlich sollte die Lissabon-Strategie als ein Instrument im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung genutzt werden.

Die folgenden Vorschläge des Mouvement Ecologique werden nicht einzelnen Leitlinien der Lissabon-Strategie zugeordnet, da sie z.T. auf verschiedene zutreffen. Zunächst sollte ein Konsens über die potenzielle Integration der angesprochenen Prinzipien hergestellt werden.

Grundsätzliche Fragestellung: Welches Wirtschaftswachstum ist anstrebenswert?

Der Mouvement Ecologique verfolgt mit grösster Skepsis die Zielvorgabe eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 4% bis 2030. Dies würde de facto einer Verdoppelung der heutigen Aktivitäten gleichkommen. Ist dieses Ziel wirklich anstrebenswert? In welchen Kernbereichen soll dies erfolgen? Wie definieren wir in Luxemburg Lebensqualität, aber auch eine gerechte Verteilung von Reichtum? Ist ein derartiges Ziel überhaupt unter Nachhaltigkeitsaspekten erreichbar? Und aus der Sicht des Klimaschutzes?

Der Mouvement Ecologique setzt sich seit Jahren dafür ein, dass diese fundamentale Diskussion geführt wird. Die Diskussion um Lissabon würden einen optimalen Rahmen hierzu bilden.

Harmonisierung der Indikatorenliste für eine nachhaltige Entwicklung mit derjenigen der Lissabon-Strategie

Luxemburg verfügt über eine Indikatorenliste betreffend die nachhaltige Entwicklung. Jene gibt an, inwiefern sich unsere Gesellschaft in zentralen ökologischen, sozialen und ökonomischen Fragestellungen in die wünschenswerte Richtung entwickelt oder aber nicht. Von der neuen Regierung wurde die Bereitschaft signalisiert, diese Liste zu überarbeiten. Obwohl die derzeitige in der Essenz sicherlich richtig ist, wären effektiv eine Reihe von Verbesserungen sinnvoll.

Es wäre nach Ansicht des Mouvement Ecologique deshalb nur logisch bei der Erstellung der Lissabon-Indikatoren eine Harmonisierung mit jenen der Nachhaltigkeitsstrategie herbeizuführen. Denn zahlreiche Elemente wie Energieverbrauch, Bildungsgrad ... sind für beide Bereiche von herausragender Bedeutung.

So müssten zu den Lissabon-Indikatoren u.a. auch - neben anderen - die Entwicklung des Modal-Split (Anteil des öffentlichen Transportes am Gesamtverkehrsaufkommen), der Minderung der CO₂-Emissionen, des Grades der Energieeffizienz bzw. des Anteils der erneuerbaren Energien, des Flächenverbrauches u.a.m. gehören.

Eine Integration beider Aspekte ist im Sinne einer Kohärenz der Politikbereiche notwendig. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite die ökonomische Entwicklung via Lissabon berücksichtigen würden und die ökologischere Dimension über die Nachhaltigkeitsindikatoren. Gerade die Debatte über die Indikatoren und die wünschenswerte Orientierung würde erlauben, gemeinsame Ziele festzulegen.

Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum sicherstellen!

Die in Luxemburg erreichten Reduktionen auf der Ebene der CO₂-Emissionen erfolgten primär aufgrund der Umstellung der Stahlindustrie auf Elektrostahlwerke. Ansonsten zeigen in allen

Bereichen die Emissionen „nach oben“. Im wirtschaftlichen Bereich, auf der Ebene der Transportpolitik ...

Die Herausforderung der Zukunft ist: Wie lassen sich Klima- und Ressourcenschutz mit einem gewissen Wirtschaftswachstum vereinbaren! Wenn man davon ausgeht – und die EU hat sogar weitgehendere Reduktionsziele beschlossen – dass wir im EU-Durchschnitt unsere Emissionen um 28% bis 2020 reduzieren müssen, so setzt dies auch eine erhebliche Reduktion der Verwendung fossiler Energien voraus!

Eine Strategie des “weiter wie bisher” aber, d.h. mit gleichbleibenden Produktions- und Verhaltensmechanismen, würde jedoch genau das Gegenteil bewirken. Bei der erwünschten 4%-jährlichen Steigerung des Wirtschaftswachstums bis 2020 würde sich der Energieverbrauch de facto etwa verdoppeln! (*Anmerkung: von einem weiteren entsprechenden Wachstum bis 2030 gar nicht zu reden*).

D.h. es stellt sich folgende Grundfrage: Ist eine substantielle Reduktion der CO₂-Emissionen und des damit verbundenen Einbringens von fossilen Energien um 28% bei einer gleichzeitigen jährlichen 4%-Steigerung des Wirtschaftswachstums überhaupt möglich? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Wie kann eine Entkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch und Ressourcenverbrauch im allgemeinen erfolgen? Hierzu müssen sonder Zweifel sehr weitreichende Instrumente eingesetzt werden.

Der Mouvement Ecologique drängt darauf, dass alle betroffenen Ministerien (Wirtschaft, Mittelstand, Finanzen, Landwirtschaft und Umwelt) umgehend u.a. folgende Initiativen ergreifen:

- eine **Effizienzoffensive** in die Wege leiten: Beratungsprogramme für Betriebe erstellen, damit energie- und ressourcensparendes Produzieren verstärkt ein Thema wird (auch im Handwerkssektor); stärker Forschungsgelder für effizientere Produktionssysteme zur Verfügung gestellt werden u.a.m.
- **Energiesparmassnahmen** auf ökonomischer Ebene promoviert werden: z.B. auch durch Instrumente wie jenes des „Energiecontracting“
- Betriebe / Dienstleistungsunternehmen verstärkt angeregt werden auf **erneuerbare Energien** zurückzugreifen
- **zukunftssträchtige Branchen** bewusst gefördert werden (wie z.B. jene der Altbausanierung)
- bestehende **Förderprogramme** in diesem Sinne überarbeitet werden
- die **gesetzlichen Vorgaben** in diesem Sinne verschärft werden (wie z.B. betreffend die Auflagen für Betriebe)
- und nicht zuletzt der **öffentliche Transport** eine regelrechte Offensive erfährt.

Zukunftsorientierte wirtschaftspolitische Massnahmen ergreifen

Neben den bereits angeführten Instrumenten (Effizienzoffensive), Altbausanierung ... sollten jedoch weitergehende wirtschaftspolitische Massnahmen ergriffen werden.

- Hierzu gehört vor allem weiterhin das Konzept, Luxemburg als Standort im Bereich Umwelttechnologien zu profilieren. Dieses Prinzip wird von allen Akteuren als sinnvoll empfunden, in der Praxis erfolgte jedoch bis dato nichts. Deshalb sollte das Wirtschaftsministerium umgehend eine Studie in Auftrag geben, welche Voraussetzungen die heutigen Betriebe bereits mitbringen, welche Weiterentwicklungen in bestehenden Branchen möglich wären bzw. welche neuen Nischen aufgrund der Spezifitäten Luxemburgs erschlossen werden könnten.
- Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten des Gesetzes betreffend die öffentlichen Ausschreibungen voll genutzt werden, um soziale und ökologische Elemente zu integrieren. Diese können durchaus mit der Schaffung von Arbeitsplätzen auch in Luxemburg verbunden sein. Der Mouvement Ecologique fordert die verschiedenen Ministerien umgehend auf, eine Prioritätenliste der wichtigsten Ausschreibungen zu erstellen und daraufhin modellhafte Lastenhefte zu entwickeln. Diese sollen bei staatlichen Ausschreibungen zur Geltung kommen, aber auch als Empfehlung an die Gemeinden weitergeleitet werden. Z.B. die Verwendung einheimischer Hölzer, die optimale Isolierung von Gebäuden nach Niedrig- / Passivbauweise, die Verwendung von regionalen Produkten in öffentlichen Kantinen
- Regionale Märkte sollten bewusst gefördert und aufgebaut werden: Stichworte sind: Holzvermarktung, Biogasanlagen ... oder aber neue Initiativen wie „Reparaturwerkstätten“ u.a.m.

Finanzinstrumente überdenken

Die Lissabonstrategie sollte aber auch dazu genutzt werden, die heutigen Finanzinstrumente zu überdenken. D.h.:

- Überarbeitung von aus ökologischer Sicht kontraproduktiven Budgetposten oder Förderprogrammen
- Einführung neuer Fördermechanismen
- Gewährleistung einer nachhaltigen Steuerreform (siehe nächster Punkt der vorliegenden Stellungnahme)
- soweit wie möglich Sicherstellung der Internalisierung der externen Kosten (in der Abgabepolitik usw.)

Weiche Standortfaktoren berücksichtigen – Rahmenbedingungen verbessern

Darüberhinaus sollte man die Bedeutung der generellen sozialen, landesplanerischen ... Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit anerkennen.

Der Mouvement Ecologique plädiert deshalb vor allem für eine transparente und kurzfristige Bearbeitung der sogenannten sektoriellen Pläne für geschützte Landschaften, der Mobilität, der Aktivitätszonen sowie des Wohnungsbaus. In der Tat gibt die Umsetzung dieser Pläne allen

Akteuren die so wichtige Planungssicherheit – ausserdem stellt eine gute Mobilität sonder Zweifel ein entscheidendes Wettbewerbsargument dar.

Ebenso zentral ist es aber das soziale Umfeld zu verbessern. Dort, wo die Lebensqualität gut ist, ist auch das Interesse von Betrieben sich dort anzusiedeln eher gegeben. Stichworte sind: gute soziale Infrastrukturen, Naherholungsgebiete, gute Umweltqualität.

Über die Tripartite hinaus eine grundsätzliche Debatte gewährleisten

Die Lissabonstrategie ist prägend für die generelle Entwicklung unseres Landes. Entsprechend wäre es nicht hinnehmbar, wenn die Debatte über die Lissabonstrategie nicht bewusst in die Öffentlichkeit getragen werden würde, sondern zu sehr in einer Tripartite oder einer Kommission der Abgeordnetenkommission (deren Dokumente nicht für alle zugänglich sind) erfolgen würde. So legitim eine Debatte in diesen Gremien ist, so notwendig ist es, die Debatte zu öffnen.

Nachhaltige Steuerreform endlich angehen

Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass es fundamentale Probleme in unserem derzeitigen Steuersystem gibt, das den Kriterien der Nachhaltigkeit nur begrenzt Rechnung trägt und die falschen steuerlichen Akzente setzt. Statt z.B. den weniger erwünschten Verbrauch von Ressourcen und Energie zu besteuern oder aber umweltschädliche Emissionen, wird der erwünschte Faktor Arbeit besteuert.

Eine Entlastung des Faktors Arbeit (u.a. im Bereich der Lohnnebenkosten) ist deshalb auch bei uns geboten, ebenso wie eine höhere Besteuerung des Verbrauchs begrenzter Ressourcen (Energie, Wasser ...) sowie umweltschädlicher Emissionen. Eine solche politische Weichenstellung ist nicht nur aus ökologischer Sicht notwendig: die Arbeitslosigkeit steigt auch in Luxemburg, das Luxemburger Staatsbudget ist in erheblichem Ausmass von Nischen, wie z.B. dem Tanktourismus abhängig, auf der Ebene der langfristigen Finanzierung des Sozialsystems besteht Handlungsbedarf. Ebenso stellt die zunehmende Alterung der Bevölkerung die Finanzierung des Sozialsystems vor grosse Herausforderungen, Harmonisierungsbestrebungen auf EU Ebene vor allem im steuerlichen Bereich riskieren ebenfalls eine veränderte Situation im Staatshaushalt nach sich zu ziehen und nicht zuletzt stellen EU-Direktiven unser Land vor grundsätzliche Finanzierungsfragen (z.B. die Wasserrahmenrichtlinie bzw. die Klimaschutzstrategie).

Änderungen am Steuersystem drängen sich deshalb auf! Ziel eines Steuersystems muss es sein:

- langfristig sinnvolle und ergiebige Steuerquellen zu gewährleisten;
- unerwünschte Entwicklungen zu besteuern, d.h. dazu beizutragen, dass deren Verwendung auch über den Preis reduziert wird (Energie- und Ressourcenverbrauch, Umweltbelastungen);
- die Aufkommensneutralität zu gewährleisten;
- hingegen all jene Leistungen, die in einer Gesellschaft stärker gefördert werden sollen, z.B. den Faktor Arbeit, von Steuern zu entlasten.

So könnte man den Anspruch an ein nachhaltiges Steuersystem wie folgt definieren (aus der Studie zur nachhaltigen Steuerreform vom „finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln“, die im Auftrag des Mouvement Ecologique erstellt wurde): *„Nachhaltige Finanzpolitik ist – auch im Sinne des Luxemburger Planes für eine nachhaltige Entwicklung – Teil einer Politik, die sowohl durch Umstrukturierung ihrer öffentlichen Ausgaben, als auch durch Umstrukturierung der Steuer- und Abgabeneinnahmen einen lenkenden Beitrag zur Erhaltung und Entfaltung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Potenziale leistet, ohne sich selbst die Besteuerungsbasis zu entziehen und insoweit „selbst das Wasser abzugraben“, und die zugleich ohne Verzicht auf Zukunftsinvestitionen die finanzielle Lastenverschiebung auf künftige Generationen minimiert. Sie schafft insoweit die öffentlichen Voraussetzungen für Schutz und Pflege der für die künftige Leistungsfähigkeit entscheidenden Potenziale.“*

Es wäre vermessen nicht anzuerkennen, dass eine nachhaltige Steuerreform auch zu einem Teil mit der Indexierungsfrage verbunden ist. Allerdings warnt der Mouvement Ecologique davor, eine grundsätzliche Debatte über Sinn und Zweck einer Reform des Steuersystems lediglich an der Frage der Indexierung aufzuhängen, auch wenn diese natürlich mit bedacht werden muss.

Deshalb tritt der Mouvement Ecologique für eine offene Diskussion ein, **in der prioritär die Frage geklärt wird, inwiefern überhaupt ein Konsens besteht, dass Korrekturen am System angebracht werden müssen.** Besteht oder entsteht im Laufe der Diskussion ein solcher Konsens, sollte über die einzelnen Schritte des **Meinungsbildungsprozesses** nachgedacht werden. Der Mouvement Ecologique hat sehr wohl Verständnis für die Befürchtungen u.a. der Gewerkschaften, dass punktuelle Korrekturen u.a. am Warenkorb durchgeführt werden, ohne dass eine eigentliche Vision und Vorstellung für eine nachhaltige Steuerreform besteht.

Im Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform - oder bereits im Vorfeld - sollte die Regierung ihr eigenes Koalitionsabkommen umsetzen und vor allem die Gestaltung der angekündigten **Spekulationssteuer** genauer untersuchen (um u.a. eine erhöhte Freistellung von Bauland zu erreichen) – ebenso wie die beabsichtigte Reform der **Grundsteuer**. Letztere ist hoffnungslos veraltet und bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung, damit umweltschonende Nutzungen sowie bestimmte Bau- und nutzungsformen privilegiert werden.

Nachhaltige Entwicklung als politisches Leitbild aller Ministerien

Der Mouvement Ecologique muss feststellen, dass es nach wie vor nicht im gewünschten Ausmass gelungen ist, die nachhaltige Entwicklung als Entscheidungskriterium in den Politiken der sektoriellen Ministerien durchzusetzen.

Es scheint, als ob auch die aktuelle Regierung die nachhaltige Entwicklung vor allem als Aufgabengebiet des Umweltministers definieren würde. Damit wäre jedoch ein Scheitern des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung vorprogrammiert.

Eine Integration des Konzeptes in die sektoriellen Ministerien ist schlichtweg unerlässlich. Hierzu gilt es die erforderlichen Strukturen zu schaffen:

- Vor allem gilt es, wie bereits in der Fragestellung der Lissabon-Strategie angeführt, die **Nachhaltigkeitsindikatoren mit Leben zu erfüllen**. Diese wurden für Luxemburg (2002!!!) erstellt und berechnet, verschwanden aber daraufhin aus dem Blickfeld.

Dabei sollen diese Indikatoren theoretisch alle 2 Jahre überarbeitet werden und gleichzeitig analysiert werden, inwiefern die reelle Entwicklung tatsächlich den gesetzten Zielen entspricht oder nicht.

Würde dies erfolgen, so müsste man feststellen, dass die Ziele derzeit nicht unbedingt eingehalten werden, z.T. gar gegensätzliche Trends festzustellen sind. Beispiel Flächenverbrauch. Bis zum Jahre 2005 (!) soll der Flächenverbrauch stabilisiert werden, bis 2010 sogar um 50% reduziert werden...!

Alleine an diesem Fallbeispiel wird deutlich, dass diese Indikatoren nur begrenzt einen Eingang in die realen politischen Entscheidungen gefunden haben. Eine Aufwertung dieses Indikatorensystems auch in der öffentlichen Diskussion ist deshalb unerlässlich.

Doch auch das Beispiel des Klimaschutzes zeigt dieses Problem auf: CO2-Reduktionen z.B. sind derzeit kein Thema für die sektoriellen Ministerien, sondern lediglich für das Umweltministerium. Mit der Konsequenz, dass die Emissionen steigen, statt zu fallen...

Das Umweltministerium müsste im Einklang mit den anderen Ministerien gewährleisten, dass bis Frühjahr 2006 überarbeitete Indikatoren daliegen und offensiv vorgestellt werden.

- Das Gesetz betreffend die nachhaltige Entwicklung, das kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode gestimmt wurde, sieht des Weiteren die **Schaffung** einer sogenannten **“task force”** (“commission interdépartementale du développement”) mit Vertretern der verschiedenen Ministerien vor. Diese hat weitgehende Aufgaben: vom Erstellen eines nationalen Planes für nachhaltige Entwicklung bis zu einer Bewertung, inwiefern die derzeitige Politik den Nachhaltigkeitskriterien gerecht wird. Gemäss Gesetz von 2004 muss alle 2 Jahre ein Nachhaltigkeitsplan von dieser Struktur mit in die Wege geleitet werden ... Hier sind das Staats- und Umweltministerium gefordert, damit für 2006 Nägel mit Köpfen gemacht werden.
- Der Mouvement Ecologique bleibt darüber hinaus der Überzeugung, dass die **Schaffung eines “observatoire du développement durable”** (z.B. innerhalb der Universität Luxemburg) notwendig ist. Dieses sollte aus wissenschaftlich / fachlicher Sicht die Entwicklung begutachten. Dies damit eine wissenschaftliche Grundlage bei der Datenbeschaffung und Überprüfung, unabhängig von der Politik, gewährleistet ist. (...)
- Angebracht wäre zudem, dass bei jedem **Gesetzesprojekt eine obligatorische Bewertung** aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung erfolgt, basierend auch sehr konkret auf den Nachhaltigkeitsindikatoren. Nachhaltigkeit hat nur dann eine Chance, wenn sie derart auch in den alltäglichen Politikentscheidungen Berücksichtigung findet. Es wäre angebracht, wenn das Umweltministerium gemeinsam mit dem Staatsministerium in dieser Hinsicht aktiv

werden würde.

- Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung sollte des Weiteren im Rahmen der Reform von Artikel 11 der **Verfassung**, auch als einklagbares und verbindliches Recht, verankert werden.
*Dies setzt Abänderungen am vorliegenden Textentwurf zur Abänderung der Verfassung voraus – die Abgeordnetenkammer ist gefordert.